

GEMEINSAME DEMOKRATIEKONFERENZ 2018

Neue Antworten auf neue Fragen

MOTIVIEREN.
DISKUTIEREN.
VERNETZEN.

KREIS DER VIELFALT Anhalt-Bitterfeld, PARTNERSCHAFT
FÜR DEMOKRATIE DER STADT BITTERFELD-WOLFEN
„Stadt mit Courage leben!“ & PARTNERSCHAFT FÜR
DEMOKRATIE DER STADT DESSAU-ROSSLAU

13. September 2018

09.00 bis 16.00 Uhr

Stiftung Bauhaus Dessau



Gemeinsame
Demokratiekonferenz
2018

Dokumentation

weiterführende Informationen unter:
www.demokratiekonferenz-anhalt.de

Kraft, Mut und Unterstützung wünschen wir allen, die auch angesichts von Trauer, Wut und Fassungslosigkeit weiter die Grundwerte eines demokratischen Staates achten und leben:

Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz."



Stadt mit Courage leben!
Bitterfeld-Wolfen



KREIS DER VIelfALT!
Anhalt-Bitterfeld

Partnerschaft für
Demokratie!
DESSAU-ROSSLAU

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Zeichen der Solidarität

Unter dem Eindruck der tragischen Ereignisse zum Tode eines jungen Bürgers in Köthen haben die Teilnehmer*innen der Demokratiekonferenz zu Beginn der Veranstaltung spontan eine Solidaritätsbotschaft nach Köthen gerichtet.

Man wolle so alle Kräfte der Zivilgesellschaft unterstützen, die Hass, Ausländerfeindlichkeit und nationalistischer Menschenverachtung entgegenreten. Symbolisch wurde für diese Botschaft ein Wappen der Stadt Köthen in vielfarbigen Namen von Teilnehmenden der Konferenz unterzeichnet:



»Wir danken den vielen Bürgerinnen und Bürgern Köthens, die besonnen und beherzt auf die Ereignisse in ihrer Stadt reagiert haben.

Kraft, Mut und Unterstützung wünschen wir allen, die auch angesichts von Trauer, Wut und Fassungslosigkeit weiter die Grundwerte eines demokratischen Staates achten und leben:

Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz.«

Grüßworte der teilnehmenden Kommunen

Jens Krause
Beigeordneter für
Gesundheit,
Bildung und
Soziales der Stadt
Dessau – in Ver-
tretung des Ober-
bürgermeisters
Peter Kuras

Sehr geehrter Herr Schulze,
sehr geehrter Herr Schenk,
sehr geehrte Referenten,
liebe Engagierte für Demo-
kratie, Toleranz und Vielfalt,
vielen Dank für die Einla-
dung!

Demokratie leben! – Aktiv
gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschen-
feindlichkeit« lautet das Thema des Bundespro-
gramms, in dessen Rahmen die heutige Demokratie-
konferenz stattfindet. Ich freue mich, dass zu diesem
Anlass die Akteure aus drei Partnerschaften hier
in Dessau-Roßlau zusammengekommen sind und
sich mit dieser für unsere Gesellschaft elementaren
Thematik auseinandersetzen.

Ein herzliches Willkommen an Sie alle hier in Des-
sau-Roßlau! Ich möchte nicht versäumen, Ihnen
allen die ausdrücklichen Grüße des Oberbürgermeis-
ters, Herrn Peter Kuras zu überbringen, der heute
gern persönlich hier gewesen wäre.



Die Aktualität des Bundesprogramms kann mit den
Ereignissen der vergangenen Tage und Wochen und
den täglichen Meldungen der Medien nicht dringli-
cher unterstrichen werden. Denn die gemeinsamen
Werte werden immer wieder angegriffen. Ein de-
mokratisches Verständnis, Toleranz gegenüber den
Mitmenschen, ein friedliches und akzeptierendes
Miteinander sind ganz und gar nicht selbstverständ-
lich.

Menschen- und Demokratiefeindlichkeit trägt
verschiedene Gesichter: Rechtsextremismus,
Rassismus, islamistischer Extremismus, Antisemi-
tismus, Homo- und Transfeindlichkeit, oder auch
linke Militanz. Akzeptanz und Zivilcourage sind für
uns zentrale Werte, die in unserer rechtsstaatlichen
Demokratie unabdingbar sind und daher einer festen
Verankerung in der Zivilgesellschaft bedürfen.
Auch im Leitbild der Stadt Dessau-Roßlau haben
wir uns dazu bekannt: Hier heißt es: »Nicht nur der
tolerante Umgang mit anderen Kulturen und mit
Andersdenkenden sondern auch Selbstbestimmung
sind Maximen der Menschen in Dessau-Roßlau.
Hass und Gewalt lehnen sie ab.« An diese Maximen

müssen wir alle unermüdlich appellieren. Und das erfordert die Beteiligung der Menschen, den Beitrag eines jeden!

Umso mehr freue ich mich, dass wir das Projekt »Partnerschaft für Demokratie« in unserer Stadt haben. In diesem Jahr fördern wir bis zum jetzigen Zeitpunkt 12 verschiedene Projekte, die sich den Themen demokratisches Miteinander, Toleranz und Vielfalt, Bürgerpartizipation und Erinnerungskultur widmen.

Ich begrüße es auch, dass sich in diesem Jahr mehr Vereine und Initiativen mit ihren Projektideen beworben haben, als noch im vorigen Jahr. Ich bin ganz sicher, dass noch viel mehr Vereine oder auch Schulklassen sich mit genau diesen Themen in besonderen Projekten beschäftigen. Und ich bin auch sicher, dass es für diese ein ganz selbstverständliches Thema ist.

Für unsere Partnerschaft für Demokratie würde ich mir deshalb wünschen, dass es noch mehr gelingt, weitere Vereine und neue Akteure aufzuschließen, zum Beispiel die, die Jugend- und Nachwuchsarbeit betreiben. Vielleicht können wir hier noch voneinander lernen. Die gemeinsame Konferenz der drei Partnerschaften heute sehe ich deshalb als sehr wichtige Plattform des Austausches, als Impuls- und Ideengeber und als Möglichkeit der weiteren Vernetzung.

Ich wünsche Ihnen allen, eine informative und gewinnbringende Veranstaltung hier in der Bauhausstadt. Vielen Dank!



Uwe Schulze Landrat des Landkreises Anhalt-Bitterfeld

Landrat Schulze dankte in seinem Grußwort den vielen Akteuren, die sich vor Ort für Demokratie einsetzen und ging auf die jüngsten Ereignisse in der Stadt Köthen ein. Dort kam ein junger Mann nach einem Streit mit zwei Afghanen ums Leben.

Es gilt nun erst einmal die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abzuwarten. Mutmaßungen oder voreilige Beschuldigungen aufzustellen, bringt uns nicht weiter. Leider, so Schulze, bleibt ohnehin in vielen Köpfen nur hängen, dass in Köthen zwei Afghanen einen Deutschen umgebracht hätten.

Schulze ging dabei auch auf die große Anteilnahme der Köthener ein und lobte das überlegte Vorgehen der Köthener Kommunalpolitik. Auch die Präsenz der Kirchen und die Friedensgebete sind ein wichtiger Bestandteil der Bewältigung dieses Shocks für die Menschen in Köthen und Umgebung.

Für wichtig hält Landrat Schulze das Engagement der Demokratienetzwerke, deren Arbeit nicht immer leicht sei. Die Akteure sollen sich aber nicht entmutigen lassen, denn aus den Steinen die uns in den Weg gelegt werden, kann auch etwas Gutes werden, sagte Schulze.

Uwe Schulze dankte den Organisatoren der Demokratiekonferenz und wünschte allen Teilnehmenden Glück und Erfolg für ihre weitere Arbeit für Demokratie, Vielfalt und Toleranz.



Armin Schenk Oberbürgermeister der Stadt Bitterfeld-Wolfen

OB Schenk begrüßt die Gäste der Demokratiekonferenz in Dessau-Roßlau und beschreibt das Ziel der Vernetzung als besondere Aufgabe der Demokratiekonferenz. Dabei hinterfragte er das Motto der Konferenz »Neue Antworten auf neue Fragen?« mit dem Hinweis: Sind das überhaupt neue Fragen? »Manche Fragen treffen uns mit einer Wucht, die uns oft sprachlos macht, so dass wir nicht in der Lage sind, so zu reagieren, wie wir das eigentlich wollten und sollten.« bemerkt Schenk und bezieht sich auf ein Erlebnis im Zusammenhang einer Stadtrats-sitzung am Vortag. Hier trat ein Stadtrat in einem schwarzen T-Shirt mit dem Aufdruck »Mutter Terroresia« und der Abbildung einer für Bundeskanzlerin Angela Merkel so typischen Raute auf. Schenk sieht das als Verunglimpfung und Beleidigung und dabei doch nur Ausdruck einer zunehmend aggressiven Grundstimmung in der politischen Diskussion.



Schenk: »Die Frage stellt sich doch: Wie gehen wir zukünftig mit all diesen immer wiederkehrenden, gezielten Provokationen um?«

Aus seiner Sicht müssten die vielzitierten Begriffe »Demokratie«, »Toleranz« und andere zunächst mit dem Wort »Anstand« in Verbindung gebracht werden. »Unsere Aufgabe ist es, zukünftig ein anständiges Miteinander in unserer Gesellschaft zu erreichen. Als aufrichtige Demokraten dürfen wir also solche Provokationen nicht hinnehmen, sondern müssen uns dagegen wehren.«

Als Oberbürgermeister ist Schenk ausdrücklich stolz darauf, dass eine PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE in Bitterfeld-Wolfen existiert, die bereits viele Projekte erfolgreich umgesetzt hat.

Er hebt dabei ein Kreativprojekt der Ernst-Thronicke-Stiftung und des Malvereins Kreativ hervor, sowie eine Veranstaltung mit Grundschulern der 1. bis 4. Klasse zu Fragen von Demokratie und Toleranz. Im Projekt der Grundschüler stellte er im Gespräch drei einfache Fragen:

1. Macht ihr mit den Eltern gemeinsam Urlaub?
2. Macht ihr mit den Eltern Hausaufgaben?
3. Esst ihr gemeinsam mit den Eltern zu Abend?

Für Schenk war das Ergebnis erschreckend und ernüchternd: Der überwiegende Teil der Schüler*innen hatte alle drei Fragen mit »nein« beantwortet. Und genau hieraus abgeleitet sieht er auch die besondere, große Herausforderung an die heutige Gesellschaft: Gemeinsinn stiften.

Zum Schluss bedankte sich OB Schenk nochmals für alle Aktionen der PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE in Bitterfeld-Wolfen und wünschte der Demokratiekonferenz 2018 in Dessau-Roßlau hilfreiche Ergebnisse und ein gutes Gelingen.

Fachvortrag

Vortrag:

»Von Antisemitismus über Reichsidee bis zur Verschwörungstheorie – die Ideologien der Reichsbürger«

Andreas Speit (*1966) ist ein in Hamburg lebender Sozialwissenschaftler. Er arbeitet als Journalist und Publizist und ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zu den Themen Rechtsextremismus und Neonazismus in Europa. Er gilt als einer der besten Kenner der rechtsextremen Szene in Deutschland.

Die Region Anhalt erlangte in der Vergangenheit einige Aufmerksamkeit durch öffentlichkeitswirksame Aktionen von sogenannten »Reichsbürger*innen«. Einen traurigen Höhepunkt stellen dabei sicherlich die Ereignisse um den selbsternannten »König von Deutschland« im Landkreis Wittenberg dar.

Doch auch über diese spektakulären Fälle hinaus dringen Reichsbürger immer tiefer in das gesellschaftliche Leben ein und beschäftigen mit Ihren Ansichten und Ihrem Verhalten nicht nur Polizei und Justiz. Verwaltungen, Akteur*innen in der Demokratietarbeit, Träger von Projekten zur Bürger*innenbeteiligung und viele andere Handelnde werden immer häufiger mit diesem Thema konfrontiert. Sie müssen sich mit Veranstaltungsstörungen und Unterminierung ihrer Arbeit auseinandersetzen und dabei oft



lange nach Informationen suchen, um angemessen reagieren zu können.

Das Bundesministerium des Inneren zählte Anfang 2018 etwa 16.500 Reichsbürger*innen bundesweit. Das ist um die Hälfte mehr, als im Verfassungsschutzbericht 2016 angegeben. Erschwerend kommt dabei hinzu, dass rund 1.100 Reichsbürger im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis sind. Doch welche Gefahr geht wirklich von Reichsbürger*innen aus? Wie sind sie organisiert und mit welchem Weltbild identifizieren sie sich? Wie gehen wir am besten mit diesem Milieu um?

Sein Vortrag über Reichsbürger und Selbstverwalter – so die formale Bezeichnung des Verfassungsschutzes – war gespickt mit zahlreichen Beispielen, so dass eine Weitergabe des Vortragsskriptes aus datenschutz- und urheberrechtlichen Gründen nicht möglich war. Wir beschränken uns daher auf eine Zusammenfassung und verweisen statt dessen zur Vertiefung auf die vielfältigen Veröffentlichungen des Autors (<https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&query=121013065>).

Speit bezeichnet die Reichsbürgerszene ausdrücklich als unterschätzte Gefahr, die erst spät wahrgenommen wurde. Und das, obwohl Gerichtsvollzieher, Steuerprüfer und Verwaltungsmitarbeiter, die bereits seit Jahren mit den Aktivitäten dieser Personen beschäftigt sind, schon weit früher ein Bild von den





gemeinhin als »Reichsbürger« bezeichneten hatten.

Speit weist ausdrücklich auf die auffällige Häufung dieses Phänomens in Sachsen-Anhalt hin: Gibt es bundesweit etwa 18.000 Personen, die einer Reichsidee anhängen, so sind es in Sachsen-Anhalt ca. 1.000 – übertroffen aber immerhin noch von Bayern mit ca. 3.500 Fällen. Allgemein steigen die Zahlen weiter an.

Eine besonders schillernde Persönlichkeit ist dabei Peter Fitzek aus der Lutherstadt Wittenberg, der sein »Königreich Deutschland« medial besonders wirksam in Szene gesetzt hat.

Die Reichsbürgeridee entwickelt sich seit 1945, seit der Mitte der 80er Jahre verfestigt sich dabei auch der Begriff der Reichsbürger als Personen, die tatsächlich eigene Staaten gründen bzw. ausrufen. Ab etwa 2000 kommt ein anderes, zusätzliches Phänomen dazu, die sogenannten Selbstverwalter (zu

denen auch Peter Fitzek gezählt wird). Sie bilden Bewegungen und erhielten durch Omnipräsenz in den sozialen Netzwerken in den letzten Jahren verstärkten Zulauf.

Die politische Annahme, die gegenwärtige Verwaltung würde über die Bürger »fremdherrschen« führt dann zu den unzähligen Versuchen, diese Verwaltung zu umgehen oder durch massive Beschäftigung mit Anfragen, Anträgen, Widersprüchen etc. auszuhebeln. Aufgrund dieser Verhaltensmuster, den bestehenden Staat als solchen nicht anzuerkennen, einen eigenen Staat aber nicht gründen zu wollen, werden diese Personen auch als Souveränisten bezeichnet.

Andreas Speit mahnt zu mehr Aufmerksamkeit für das wachsende Phänomen, dass in Teilen aufgrund zahlreicher Skurrilitäten eher belächelt und verharmlost wird. Er geht davon aus, dass in nächster Zukunft ein weiteres Erstarken der Szene voranschreitet und daher auch weitere Eskalationen bis hin zu möglichen Gewalttaten zu befürchten sind.

Gewalt- und Straftaten

Foto: dpa

In einem vertraulichen Lagebild "Reichsbürger/Selbstverwalter" schreibt das Bundeskriminalamt für 2015 und Mitte 2017 dem Spektrum mehr als 10.500 Straftaten zu. In einem früheren Bericht wurde von 750 Gewaltdelikten ausgegangen. Mehr als 700 Taten richteten sich gegen Mitarbeiter von Behörden.

15



Projektvorstellungen

Projekt 1

»Alles Fake oder was? Die Macht von Social Media & Co.«

Yvonne Schulze und Schüler*innen der Freien Schule Anhalt



► [Präsentation herunterladen](#)



Projekt 2

»TanzToleranz - Wir tanzen gegen Gewalt«

Nancy Standtke & Nico Hilger

► [Präsentation herunterladen](#)

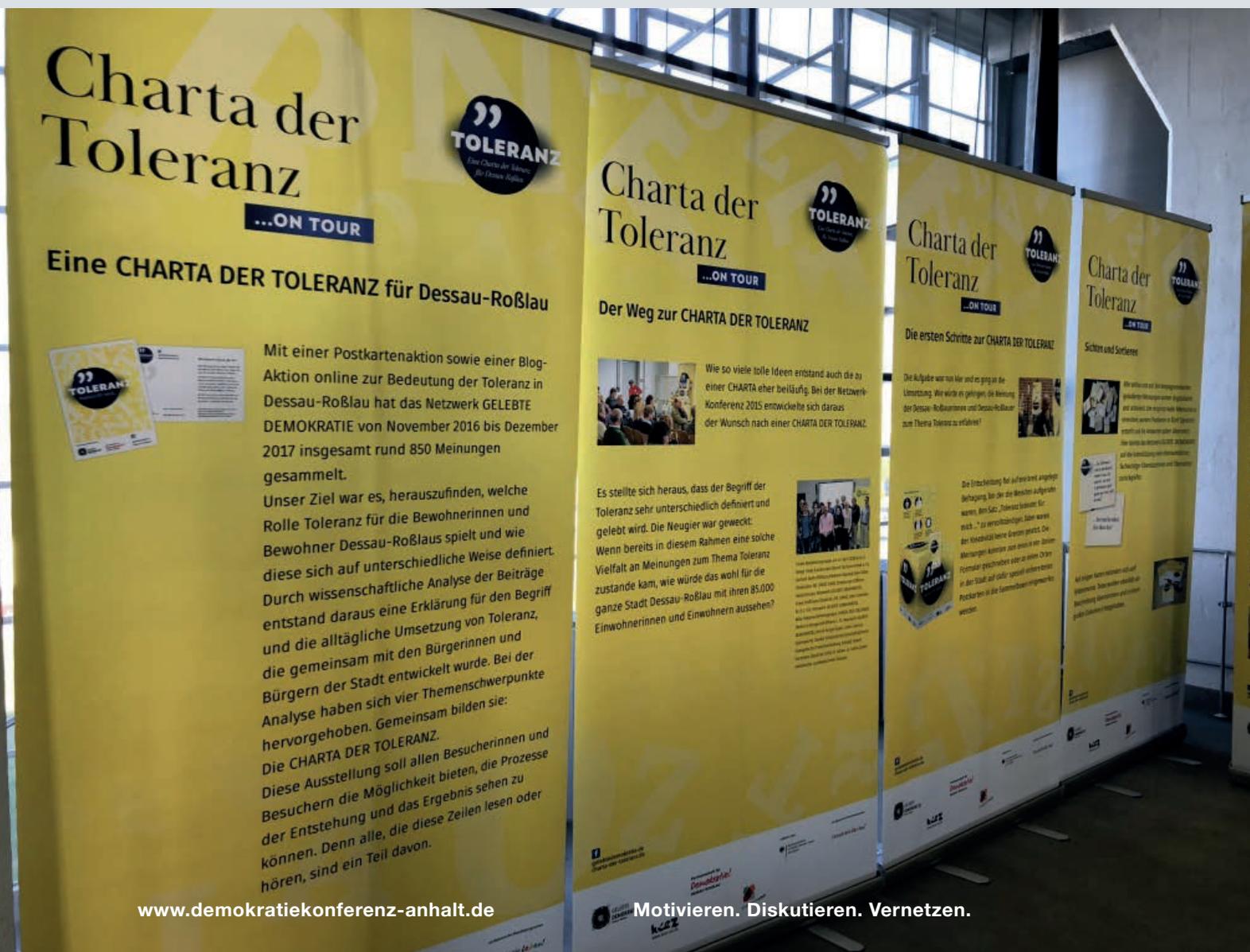


Projekt 3
Ausstellung: »Die CHARTA DER TOLERANZ on Tour«

Uwe Schmitter, Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE
Dessau-Roßlau



► [Präsentation herunterladen](#)



Workshopphase

Den Teilnehmer*innen der Demokratiephase wurden 4 parallellaufende Workshops angeboten – zur Hälfte der vorgesehenen Workshopzeit war ein Wechsel der Workshopgruppen möglich, diese Option wurde jedoch aufgrund der doch intensiven Diskussionen in den Gruppen nur wenig genutzt.

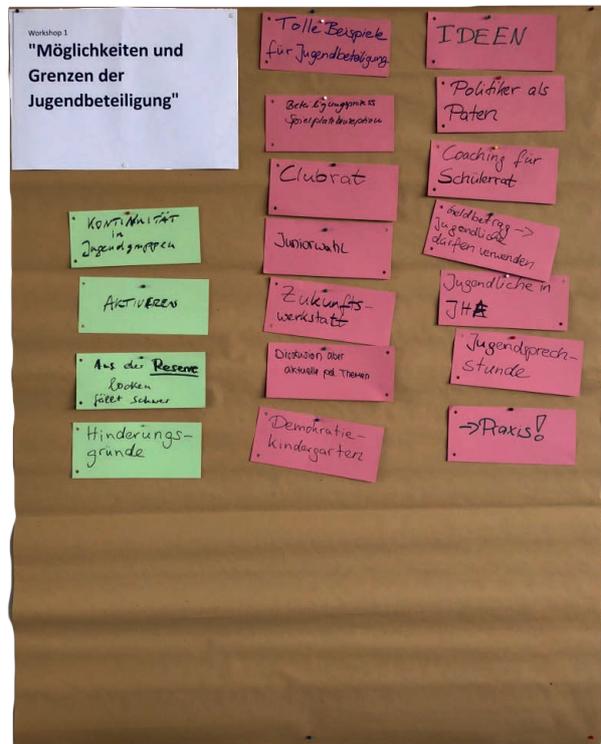
Workshop 1 »Möglichkeiten und Grenzen der Jugendbeteiligung« - Best-practice-Beispiele

Moderation und Kurzpuls: Gregor Dehmel (Gründer und Geschäftsführer »Politik zum Anfassen e.V.«; Isernhagen)

Aus unserer Erfahrung wissen wir über die Gründe, warum Jugendliche sich beteiligen: Neues kennenlernen und fundiert entscheiden können, eigene Ideen einbringen, miteinander diskutieren und dabei Spaß haben.

Nach einer Begrüßung und Kennenlernen starten wir mit einem spielerischen Crash-Kurs mit Stationen aus den Bereichen »Kommunalpolitik« und »Fake News«. Danach sollten die Teilnehmenden in kleinen Teams eigene Ideen entwickeln zu Demokratie-Projekten und aus diesen Ideen Anträge schreiben. In einer team-internen Fraktionssitzung entwickeln sie ihre Meinung zu den Anträgen der anderen Teams. Denn alle Ideen kommen auf die Tagesordnung einer fiktiven Sitzung, in der alle über die Ideen miteinander diskutieren.





Workshop 2

»Reichsbürger im Kontext von Demokratieförderung und Projektarbeit«

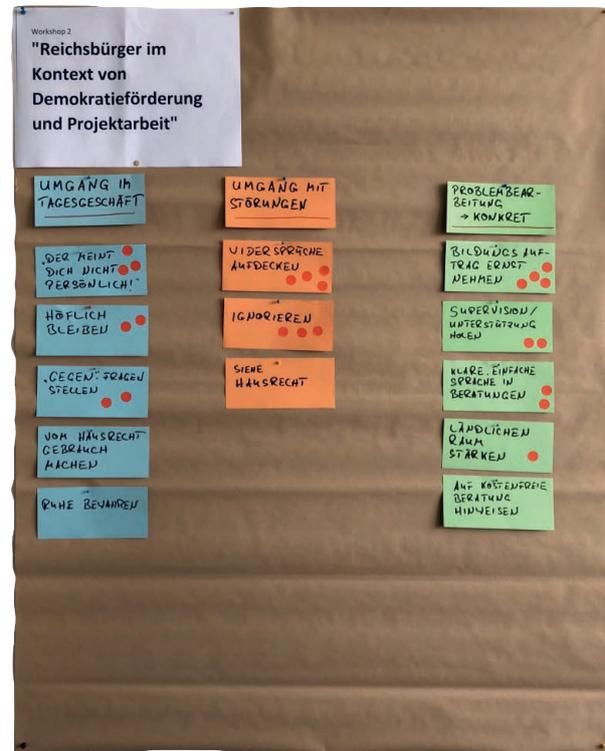
Impuls: Andreas Speit (Sozialwissenschaftler und Autor)

Moderation: Volker Eilenberger (Kinder- und Jugendpfarramt der Evangelischen Landeskirche Anhalts)

Wie können wir im Tagesgeschäft mit Reichsbürgern umgehen? Wie reagieren wir richtig auf Störungen von Veranstaltungen? Wie können wir konkrete Probleme bearbeiten?

Aktive in der Demokratieförderung und Umsetzer*innen von Projekten haben immer häufiger mit Störungen und Delegitimierungsversuchen durch Angehörige der Reichsbürgerszene zu kämpfen. Die Anfeindungen gehen dabei teilweise bis zu persönlichen Angriffen und Bedrohungen.

Der Workshop näherte sich der Frage an, wie am effizientesten mit solchen Angriffen und Störungen umgegangen werden kann. Intensiv wurden indes Strategien diskutiert, wann es sinnvoll ist solche Provokationen zu ignorieren und/oder im Umkehrschluss deutlich und unmissverständlich zu intervenieren.





Workshop 3:

»EU-Datenschutz-Grundverordnung: Fragen und Antworten zur Umsetzung im Vereinsalltag«

Kurzimpuls: Carsten Nock (Referatsleiter beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt)

Moderation: Stephan Meurer (Externe Koordinierungs- und Fachstelle PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE Bitterfeld-Wolfen)

Nach einer kurzen Vorstellung und Einführung in das Thema durch Herrn Nock konnte in kleiner Runde gezielt auf die Fragen der Teilnehmenden eingegangen werden. Hierbei waren die Kommunikation über Facebook, Bildrechte im Kontext von bspw. Vereinsfeiern oder die besonders geschützte Gruppe der Kinder und Jugendlichen ein Thema. Grundsätzlich habe sich durch das Inkrafttreten der EU-DS-GVO in Deutschland oft gar nicht so viel verändert, aber die Berichterstattung und um sich greifender Aktionismus mit teils übervorsichtigen Absicherungen sorgten für eine massive Verunsicherung. Hier fungieren der Landesbeauftragte für den Datenschutz und seine Mitarbeiter*innen als Ansprechpartner für Vereine, Verbände sowie Bürger*innen.

Die Präsentation ist unter [diesem Link](#) abrufbar.

Darüber hinaus stehen für Sie ein Merkblatt mit den Antworten auf die häufigsten Fragen zur **Datenschutzgrundverordnung** sowie ein **Muster eines Verzeichnis von Verantwortlichen von Verarbeitungstätigkeiten** zum Download bereit.



Workshop 4

»Rechts (populistische) Stimmungsmache gegen Demokratieprojekte – Was tun?«

Moderation und Kurzpuls: Nicole Marcus (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.)

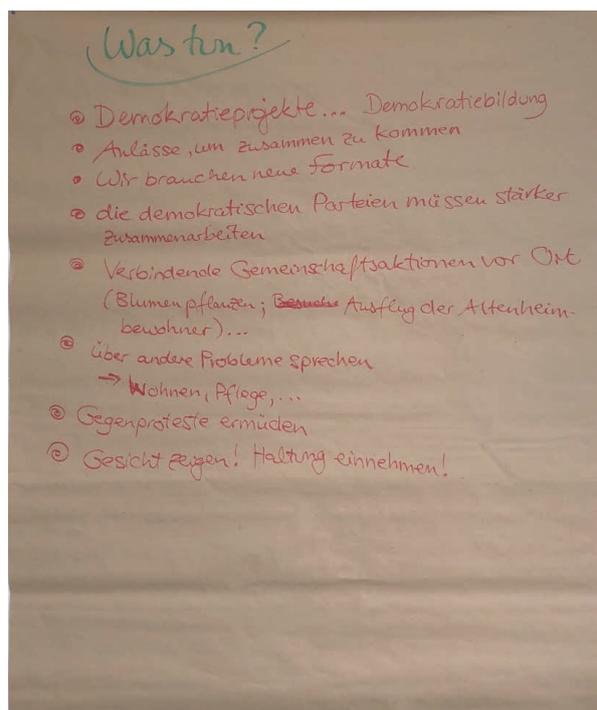
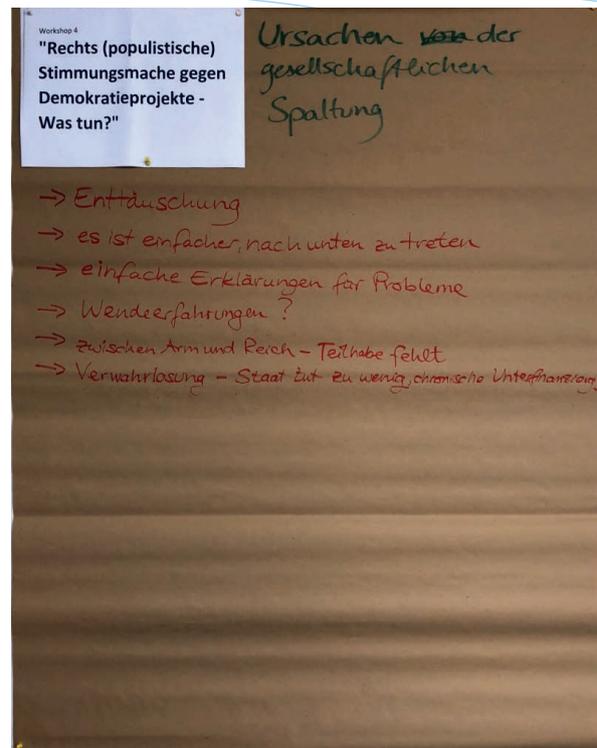
Die Engagierten in Demokratieprojekten werden als »Gutmenschen« diskreditiert, die Finanzierung oder die Reputation der Mitarbeitenden in Frage gestellt und in den sozialen Medien wimmelt es nur so vor Halbwahrheiten und offensichtlichen Lügen.

Die Stimmungsmache gegen Netzwerke, Initiativen und Programme in diesem Bereich hat eine neue Quantität und Qualität erreicht. Im Workshop wurden Strategien der Auseinandersetzung mit diesen Delegitimierungsversuchen praxisnah diskutiert.

Zunächst beschäftigte sich die Gruppe mit der Frage nach den Ursachen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Spaltung. Dabei wurde eine allgemeine Enttäuschung vorne weg genannt, aber auch negative Wendeerfahrungen angenommen. Beobachtbar sind deutliche Verwerfungen zwischen Arm und Reich und fehlende Teilhabe, die den Eindruck stärkt, der Staat tue zu wenig und hinterlasse so eine chronische Unterfinanzierung, die zu Verwahrlosung führt. Unter diesem Eindruck erscheint es einfacher, nach unten zu treten und so einfache Erklärungen für komplexe Probleme zu finden.

In der Frage »Was tun?« gab es den dringenden Hinweis: »Wir brauchen neue Formate!«, denn verschiedene Aktionsformen zeigen bereits Abnutzungs- und Ermüdungserscheinungen. Unter der thematischen Überschrift Demokratieprojekte / Demokratiebildung werden die demokratischen Parteien aufgefordert, stärker zusammenzuarbeiten; Verbindende Gemeinschaftsaktionen bieten Anlässe, um zusammenzukommen und aktuelle Probleme (z.B. Wohnen, Pflege) auch jenseits der Rassismusdebatte zu erörtern.

Zum Schluss blieb aber die klare Aufforderung, Gesicht und Haltung zu zeigen.





Resümee & Ausblick

Mit rund 70 Teilnehmenden aus Gesellschaft, Politik und Verwaltung wurde die inhaltliche Ausrichtung der Demokratiekonferenz 2018 durch das hohe Interesse bestätigt.

Die Konferenz stand unter dem Eindruck der seinerzeit tagesaktuellen Ereignisse in Köthen und setzte sich intensiv mit den Auswirkungen der derzeit zu beobachtenden gesellschaftlichen Spaltung und den Möglichkeiten, dieser mit Mitteln der Demokratieförderung entgegenzuwirken, auseinander.

Der Beigeordnete der Stadt Dessau-Roßlau für Gesundheit, Soziales und Bildung, Jens Krause, Uwe Schulze (Landrat des Landkreises Anhalt-Bitterfeld) und Armin Schenk (Oberbürgermeister der Stadt Bitterfeld-Wolfen) betonten in ihren Grußworten die Wichtigkeit des gesellschaftlichen Engagements und dankten den anwesenden Teilnehmenden für ihren persönlichen Einsatz.

Während des Vormittags wurden praktische Beispiele für Demokratieförderung in den Gebieten der jeweiligen Partnerschaften für Demokratie aufgezeigt. Darüber hinaus wurde ein Impuls für die Auseinandersetzung mit dem Thema »Reichsbürger« gesetzt.

Nach einer kurzen Mittagspause beschäftigten sich die Teilnehmenden in Workshops zu den Themen »Möglichkeiten und Grenzen der Jugendbeteiligung«, »Reichsbürger im Kontext von Demokratieförderung und Projektarbeit«, »EU-Datenschutzgrundverordnung: Fragen und Antworten zur Umsetzung im Vereinsalltag« sowie »(Rechts-)populistische Stimmungsmache gegen Demokratieprojekte – Was tun?« mit den konkreten Herausforderungen der täglichen Arbeit im Gebiet der Demokratieförderung.

Während der gesamten Konferenz fand ein intensiver Austausch über die Grenzen der jeweiligen Kommunen hinaus statt. Dabei wurde deutlich, dass die Teilnehmenden der intensive Wunsch verbindet, auch unter den derzeit sehr fordernden Umständen gemeinsam für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einzustehen. Eine gemeinsame Demokratiekonferenz für 2019 bereits ist angedacht.

Impressum

Herausgeber: Begleitausschüsse der PARTNER-SCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE Dessau-Roßlau, Stadt mit Courage leben!« Bitterfeld-Wolfen und KREIS DER VIELFALT Anhalt-Bitterfeld

Erscheinungsdatum: 15. Dezember 2018

Fotos: Daniel Kutsche, Steffen Andersch

Text: Ralf Zaizek, Daniel Kutsche

Redaktion: Ralf Zaizek, Daniel Kutsche, Steffen Andersch, Christian Hennicke, Stephan Meurer

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Partnerschaft für
Demokratie!
DESSAU-ROSSLAU

 Stadt mit Courage leben!
Bitterfeld-Wolfen

 KREIS DER VIELFALT!
Anhalt-Bitterfeld



Bitterfeld-Wolfen

Wir haben den Segen raus.

